



Zum Jahreswechsel

**Das war 2007 –
so wird 2008!**

Interview

Dr. Kulenkamp: 2008
letzte Reformchance

Seiten 4/5



Nahaufnahme

Aus der pfälzischen
M+E-Industrie

Seiten 8/9



Service

So wird 2008

Seiten 10/11



PfalzMetall-Präsident Dr. Kulenkamp blickt zurück und voraus:

2008 bietet die letzte Chance für Reformen

Was hat die pfälzische Metall- und Elektroindustrie in 2007 bewegt, was kommt 2008 auf uns zu? Zu einem Jahresrückblick gehört auch immer ein Ausblick. **ferrum** sprach hierzu mit dem Präsidenten von PfalzMetall, Dr. Eduard Kulenkamp.

ferrum: Herr Dr. Kulenkamp, wie lautet mit Blick auf das Jahr 2007 Ihre Einschätzung aus Sicht des Verbandes der pfälzischen Metall- und Elektroindustrie?

Dr. Eduard Kulenkamp: Aus Sicht von PfalzMetall haben zunächst ganz klar die Tarifverhandlungen dominiert. Es ist uns gelungen mit Verantwortungsbewusstsein einen zukunftsweisenden Tarifvertrag abzuschließen. Dieser besteht im Kern aus drei Elementen: einerseits der tabellenwirksamen Erhöhung von 4,1 % für die ersten zwölf Monate, sowie einer weiteren Erhöhung um 1,7 % für weitere fünf Monate. Erstmals haben wir außerdem einen Konjunkturbonus in Höhe von 0,7 % vereinbart, der für die zweite Stufe gewährt werden soll – das war ein wichtiger Schritt. Das dritte Element ist eine be-



Foto: Linsmeier-Mehn

triebsspezifische Differenzierung: Die gesamte zweite Stufe dieses Tarifvertrages kann um bis zu vier Monate ausgesetzt werden, wenn es einem Unternehmen schlechter geht.

ferrum: Welche Vorteile hat der Konjunkturbonus aus Ihrer Sicht?

Dr. Kulenkamp: Der Konjunkturbonus ist gut, weil er es ermöglicht, die Mitarbeiter bei überaus positiven Konjunkturentwicklungen an diesen zu beteiligen. Wir haben im Moment eine solche gute Konjunkturlage, die mittlerweile spürbar auf dem Arbeitsmarkt angekommen ist. Darüber freuen wir uns alle. Aber dieser Zustand – das wissen wir – ist nicht für die Ewigkeit. Hier hilft dann, dass uns der Konjunkturbonus nicht für alle Zeiten knebelt: Im Falle einer Rezession müssen wir ihn nicht als teure Hypothek mit uns herumtragen. So können wir global wettbewerbsfähig bleiben.

ferrum: Dann war der Tarifabschluss dieses Jahres also gerecht?

Dr. Kulenkamp: Dieser Abschluss ist richtig und angemessen, weil er die Mitarbeiter am Aufschwung beteiligt und die Unternehmen nicht vollständig dauerhaft belastet. Die Gerechtigkeitsfrage wird gerade in jüngster Zeit immer wieder und nach meiner Meinung auch viel zu inflationär gestellt. Gerechtigkeit ist scheinbar immer dann eine beliebte Kategorie, wenn man selbst nicht dafür zu sorgen hat.

Das PfalzMetall-Team wünscht allen Leserinnen und Lesern von ferrum ein friedliches Weihnachtsfest und ein gutes neues Jahr!

Foto: pixelio.de

inhalt

interview	
3	2008 bietet die letzte Chance für Reformen
jahresrückblick	
4-7	Das war 2007
nahaufnahme	
8/9	Aus der pfälzischen M+E-Industrie
service	
10/11	So wird 2008
grafik des monats	
12	Mehr als vier Monate frei

impressum

Herausgeber: **PFALZMETALL**
Friedrich-Ebert-Straße 11-13, 67433 Neustadt
Internet: www.pfalzmetall.de
Redaktion: Marcel Speker (verantw.)
Gestaltung: Rainer Sauter
Anschrift der Redaktion:
FERRUM-Redaktion, Hindenburgstraße 32, 55118 Mainz,
Telefon 0 61 31/55 75 31, Fax 0 61 31/55 75 39
E-Mail: ferrum@pfalzmetall.de
FERRUM erscheint monatlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Die zur Abwicklung des Vertriebs erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet.

Verlag: Dr. Curt Haefner-Verlag GmbH,
Dischingerstraße 8, 69123 Heidelberg.
Druck: Konradin Druck GmbH, Leinfelden-Echterdingen.

ferrum: *Wie meinen Sie das?*

Dr. Kulenkamp: Gerechtigkeit beim Lohn wird von allen möglichen Seiten eingefordert – und dabei werden dann ganz subjektive und individuelle Vorstellungen davon geäußert, wann ein Lohn gerecht ist und wann nicht. Besonders deutlich wird dies bei der Diskussion um einen Mindestlohn. Mehr als sein Arbeitsplatz erwirtschaftet, kann man einem Mitarbeiter nun einmal nicht an Lohn zahlen.

ferrum: *Was befürchten Sie denn, wenn es trotzdem einen Mindestlohn geben wird?*

Dr. Kulenkamp: Ein gesetzlicher Mindestlohn wird Stellen vernichten, gerade



Foto: Fielstette

kampfbühnen verhandelt wird, dann sind auch wir schneller betroffen, als manche denken.

ferrum: *Welche Themen haben aus Ihrer Sicht – außer den Tarifverhandlungen und dem Mindestlohn – das vergangene Jahr dominiert?*

Dr. Kulenkamp: Mich persönlich hat es sehr gewundert, dass die Politik die Rücknahme erfolgreicher Arbeitsmarktreformen nicht nur diskutiert, sondern wirklich beschlossen hat. Und das in Zeiten, in denen die strukturelle Arbeitslosigkeit abgebaut wird und sich die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer spürbar erhöht! Das ist in etwa so, als ob eine Fußballmannschaft in der ersten Halbzeit das 1:0 erzielt und dann geschlossen zum Duschen geht, weil sie meint bereits alles erreicht zu haben. Die längere Auszahlung des Arbeitslosengeldes-I für ältere Arbeitnehmer wird uns, so fürchte ich zumindest, schon bald mit negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wieder einholen.

ferrum: *Bei der Diskussion um die Rücknahme einzelner Elemente der Arbeitsmarkt-Reformen ist die Sprache auch immer wieder auf die Zeitarbeit gekommen...*

Dr. Kulenkamp: ...was ich übrigens überhaupt nicht nachvollziehen kann. Die Zeitarbeit hat einen großen Anteil an den positiven Entwicklungen unseres Arbeitsmarktes. Rund zwei Drittel aller Zeitarbeiter kommen aus der Arbeitslosigkeit und jeder Dritte findet über dieses Instrument eine Stelle in einem Kundenunternehmen. Hier Änderungen vornehmen zu wollen ist genauso wenig logisch, wie das beim ALG-I der Fall war. Aber es passt vermeintlich wunderbar unter das politische Schlagwort der „Gerechtigkeit“. Dabei frage ich mich: Was ist sozial gerechter, als Menschen in Arbeit zu bringen?

ferrum: *Was wünschen Sie sich für das kommende Jahr?*

Dr. Kulenkamp: 2008 wird die letzte Chance für die Große Koalition in Berlin sein, wichtige Reformvorhaben auf den Weg zu bringen. Denn im Wahljahr 2009 wird man außer Wahlkampf auf der politischen Bühne wohl nicht viel erwarten können. Für den pfälzischen Maschinenbau wünsche ich mir eine Fortsetzung der Konjunkturlage und für den Fahrzeugbau eine Verbreiterung. Das würde sich dann auch weiterhin positiv auf den heimischen Arbeitsmarkt auswirken.



Foto: Linsmeier-Mehn

im niedrigqualifizierten Bereich. Bevor ein Unternehmer einen unwirtschaftlichen Arbeitsplatz unterhält, schafft er ihn ab – ganz klar! Ich muss allerdings dazu sagen, dass wir im Moment in der Metall- und Elektroindustrie zumindest direkt hiervon noch nicht betroffen sind, da unsere unterste Entgelthöhe deutlich über dem liegt, was aktuell als Mindestlohn diskutiert wird. Aber wenn es wirklich dazu kommen sollte, dass die unterste Lohngrenze auf den deutschen Wahl-

Januar



Beschäftigungssicherung



Foto: Speker

Die Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung gilt auch für das Jahr 2007. Darauf einigten sich die Arbeitgeber der Metall- und Elektroindustrie aus Hessen, Pfalz, Rheinland-Rhein Hessen und dem Saarland gemeinsam mit der IG Metall noch im Dezember 2006. Diese Einigung ermöglicht es Mitgliedsunternehmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen, mit der gebotenen Flexibilität etwa auf eine mangelnde Auftragslage zu reagieren.

Nach dieser Vereinbarung besteht nun weiterhin die Möglichkeit die Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden abzusenken und das Entgelt entsprechend zu kürzen. Auch sind bei unregelmäßig verteilter Arbeitszeit langfristige Ausgleichszeiträume möglich, insbesondere bei den Zeitkonten.

Die Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung bietet somit den Unternehmen die nötige Flexibilität, um auf betriebliche Herausforderungen zu reagieren. Gleichzeitig bietet sie den Arbeitnehmern ein höheres Maß an Arbeitsplatzsicherheit, da die Unternehmen bei Auftragschwankungen nicht mit Entlassungen reagieren müssen. Gemeinsam sind nunmehr Betriebsrat und Unternehmensleitung für die Modalitäten der Betriebsvereinbarung verantwortlich.

ferrum Jahresrück



Forderung

Die IG Metall eröffnet die Tarifrunde 2007 mit der Forderung nach einer Entgelterhöhung von 6,5 Prozent. Die Arbeitgeber erwiderten, dass ein Tarifabschluss dazu beitragen muss, Arbeit in Deutschland zu erhalten. Eine Tarifierhöhung von 6,5 Prozent trägt jedoch dazu bei, die Arbeit soweit zu verteuern, dass sie ins Ausland verlagert wird.

Abstellgleis



Foto: Speker

Bei den Bad Dürkheimer Gesprächen erteilte PfalzMetall- und IVN-Präsident Dr. Eduard Kulenkamp, den Vorschlägen aus der Politik nach Schaffung eines dritten Arbeitsmarktes eine Absage: Langzeitarbeitslose dürften nicht in einem so genannten „sozialen Arbeitsmarkt“ geparkt werden, sondern wieder in reguläre Beschäftigung gebracht werden.



Verhandlungsaufakt



Foto: M+E-Mitte

In Wiesbaden fand die erste Verhandlungsrunde der M+E-Mittelgruppe mit der IG Metall statt. M+E-Verhandlungsführer Dr. Eduard Kulenkamp lehnte die IG Metall-Forderung ab: „Es gibt keine Verschnaufpause im internationalen Strukturwandel.“ Der Lösungsvorschlag der Arbeitgeber wurde zwei Wochen später präsentiert und sah eine dauerhafte Steigerung der Entgelte von 2,5 Prozent und eine Konjunkturprämie von 0,5 Prozent vor.

Bundesverdienstkreuz

PfalzMetall-Schatzmeister Wilfried J. Ehrlich wurde mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Wirtschaftsminister Hendrik Hering überreichte dem ehemaligen Kaiserslauterer Opel-Werksdirektor die hohe Auszeichnung, mit der Ehrlichs Engagement im sozialen und gesellschaftlichen Bereich gewürdigt wurde.

olick: Das war 2007



Tarifmarathon

Die Tarifverhandlungen gehen weiter – in die Runden drei und vier. Der Lösungsvorschlag der Arbeitgeber sieht vor, die Entgelte um drei Prozent anzuheben. Davon sollen 2,5 Prozent dauerhaft in die Tabelle eingehen und 0,5 Prozent als Konjunkturbonus für die Laufzeit des Tarifvertrages gewährt werden. Die IG Metall hat hierzu jedoch drei Tarifrunden lang nur „nein“ gesagt. Dr. Kulenkamp rief die Gewerkschaften auf, ihre Verweigerungshaltung aufzugeben.

Kombilohn

Dr. Kulenkamp fordert weitere Anreize zur Aufnahme von Jobs im Niedriglohnssektor. Das berichtete die ferrum in ihrer April-Ausgabe. Das gelinge etwa durch einen Kombilohn, der dafür sorgt, dass die Differenz zwischen bezahlter Arbeit und dem Arbeitslosengeld II aufgefangen werde und die Menschen motiviert, bei Bezug von Sozialleistungen diesen Aufwand so gering wie möglich zu halten.



Abschluss



Der Tarifabschluss steht: Auch die M+E-Mittelgruppe einigt sich mit der IG Metall auf die Übernahme des Sindelfinger Abschlusses. Für die Monate April und Mai erhalten somit auch die 410.000 Beschäftigten in Hessen, der Pfalz, Rheinland-Rheinessen und dem Saarland eine Einmalzahlung von 400 Euro, ab Juni 2007 dann eine Entgelterhöhung von 4,1 Prozent und ab Juni 2008 eine weitere Erhöhung von 1,7 Prozent. Zudem gibt es einen auf fünf Monate befristeten Konjunkturbonus in Höhe von 0,7 Prozent, der ab Juni 2008 gezahlt wird.

„Der Tarifabschluss ist angesichts der guten Entwicklung der M+E-Industrie angemessen. Er bietet durch die Öffnungsklausel für 2008 einen hohen Gestaltungsspielraum und wahrt die Chance für weiteren Beschäftigungsaufbau“, sagte Dr. Eduard Kulenkamp, Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft M+E Mitte.



Kontinuität

Dr. Eduard Kulenkamp bleibt Präsident des Verbandes der pfälzischen Metall- und Elektroindustrie. Dies beschloss die Mitgliederversammlung von PfalzMetall einstimmig. Ebenfalls bestätigt wurde Walter Buchholz als stellvertretender Vorsitzender. Neu in ihren Ämtern sind u.a. als stellvertretender Vorsitzender Alexander Knecht und als Schatzmeister Martin Daum.

Stiftung

Die Arbeitgeber der pfälzischen M+E-Industrie sind sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Daher haben sie die Stiftung PfalzMetall ins Leben gerufen. Mit einem Stiftungskapital von 10 Millionen Euro handelt es sich bei der Stiftung PfalzMetall um eine der größten Stiftungen in Rheinland-Pfalz. Innenminister Karl Peter Bruch überreichte Dr. Kulenkamp zum Anlass des PfalzMetall-Tages die Stiftungsurkunde.



Juli



Mindestlohn

Der Mindestlohn berührt die M+E-Industrie momentan zwar noch nicht direkt, wenn er denn kommen sollte, befürchtet PfalzMetall-Hauptgeschäftsführer Werner Simon allerdings Auswirkungen: „Es ist gefährlich, dieses Fass zu öffnen – wenn sich die Löhne durch staatliche Impulse nach oben entwickeln, dann werden sehr schnell auch die tarifierten Branchen in diesen Sog geraten.“ Daher richtete sich die ferrum im Juli auch gegen Bestrebungen zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.



Sozialkosten

ferrum im Juli spricht sich außerdem für eine Senkung der Lohnzusatzkosten aus. Die Spielräume, die durch den Rückgang der Arbeitslosenzahlen gewonnen werden, werden nicht konsequent zur Beitragsenkung genutzt. In ferrum wird die Forderung des IW Köln aufgegriffen, die Arbeitslosenversicherung auf 3,8 Prozent, oder, mit ein wenig mehr Mut, gar auf 3,5 Prozent zu senken. Mittlerweile hat sich die finanzielle Situation der Arbeitslosenversicherung weiter verbessert und die Politik hat sich der ferrum-Forderungen angenommen – und die Beiträge zum 1. Januar 2008 auf 3,3 Prozent gesenkt.

August



Foto: Speker

Zuwanderung

Der Fachkräftemangel kann kurzfristig nicht aus eigener Kraft behoben werden. Diese Meinung vertrat PfalzMetall im August offensiv. Anlass war der Beschluss der Großen Koalition in Meseberg, die sich darauf einigte, Maschinenbau- und Elektroingenieure der neuen EU-Staaten zukünftig ohne Vorrangprüfung hier auf dem Arbeitsmarkt zuzulassen. Dies bezeichnete PfalzMetall-Hauptgeschäftsführer Werner Simon als „wichtige Sofortmaßnahme“, die jedoch nur Einstieg in ein schlüssiges Gesamtkonzept zur Zuwanderung nach einem Punktesystem seien könne.



Foto: pixelio.de

September



Fachkräfte

Fehlende Fachkräfte kosten die deutsche Wirtschaft im Jahre 2007 etwa 20 Milliarden Euro – das meldete die ferrum im September. 48.000 Ingenieur-Stellen konnten im vergangenen Jahr nicht besetzt werden. Im Juli 2007 meldeten 14,7 Prozent aller Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie Produktionsbehinderungen wegen fehlender Fachkräfte – mit steigender Tendenz. „Der derzeitige Fachkräftemangel ist ein konjunktureller, der seine Ursachen im Wirtschaftsaufschwung hat. Er droht aufgrund der demografischen Entwicklung allerdings zu einem strukturellen, dauerhaften Problem zu werden“, sagt Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführerin Dr. Heike Kunstmann.



Foto: Gesamtmetall

In Rheinland-Pfalz stehen die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie mit einer Produktionsbehinderungs-Quote von 7,7 % noch vergleichsweise gut da. Die Kollegen im Saarland (15,4 %) und in Baden-Württemberg (19,9 %) melden da noch größere Probleme. In der Pfalz bestätigten unter anderem MANN+HUMMEL, die am Standort Speyer sofort 13 Personen einstellen könnten, HegerGuss („Pro Jahr verlassen 20 Gießerei-Ingenieure die Hochschulen, der Bedarf liegt jedoch bei 200.“) und KSB, die eine 1.000-Euro-Prämie ausgeschrieben haben, den Mangel.



Autoland

Rheinland-Pfalz ist Autoland. Zum Anlass der Internationalen Automobil-Ausstellung (IAA) in Frankfurt berichtete ferrum im Oktober über die Bedeutung der Automobilfertigung für Rheinland-Pfalz. Mit 50.000 Mitarbeitern, davon 35.000 bei Zulieferern, ist die Automobil-Branche in Rheinland-Pfalz die zweitgrößte Branche nach der Chemischen Industrie. Der Umsatz in diesem Bereich lag 2006 bei 15,8 Milliarden Euro – das ist ein Plus von 13 Prozent.



Foto: pixelto.de

Euro-Rest

Die Schlagzeile war schnell gefunden: „Netto-Löhne – So niedrig wie vor 20 Jahren“ titelte die Bild-Zeitung und trat damit eine Diskussion um den Werteverfall des Einkommens los. In ihrer Oktober-Ausgabe blickte ferrum hinter diese scheinbar einfache Wahrheit und warnt, nicht Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Denn der Lohnkostenvergleich einmal mit, und einmal ohne die neuen Bundesländer scheint nicht wirklich seriös. Ein weiterer Mangel: Die Pro-Kopf-Betrachtung blendet wichtige Faktoren aus – die Arbeitszeiten beispielsweise. Diese sind seit 1991 nämlich um 8,6 % gesunken. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf den Realstundenlohn.



Rücknahme



Gegen eine Rücknahme der Arbeitsmarkt-Reformen hat sich die ferrum in ihrer November-Ausgabe ausgesprochen. Dabei stand besonders die Frage des längeren Bezugs von Arbeitslosengeld-I im Zentrum der Kritik. Denn gerade bei den älteren Arbeitnehmern haben die Verschärfungen der Gesetzeslage besonders positive Wirkungen gezeigt: Diese nun wieder zurücknehmen zu wollen, lehnt PfalzMetall daher ab.

Phoenix

PfalzMetall-Hauptgeschäftsführer Werner Simon wurde zur Phoenix-Runde eingeladen. Er diskutierte zum Thema „Arbeitskampf – Ist jedes Mittel recht?“ gemeinsam mit Dietmar Hexel (DGB), Friedrich Thelen (Wirtschaftsjournalist) und Ulrich Thielemann (Wirtschaftsethiker, Universität St. Gallen). Streiks, so Simon in der Sendung, gehörten in Zeiten einer vernetzten Wirtschaft „nicht mehr in diese Welt“.



Reformeifer



Foto: pixelto.de/Uwe Funk

Die Verabschiedung des Haushalts hat der Bundesregierung noch einmal einen richtigen Schub gegeben. Sie entwickelt einen wahren Reformeifer. Sie beschließt einmütig die Erbschaftssteuer-Reform, in einer Form, die die Unternehmen beim Betriebsübergang vor ruinösen Steuerforderungen bewahrt. Gleichzeitig sorgt sie für eine zügige Umsetzung der Unternehmenssteuer-Reform und sorgt damit dafür, dass deutsche Unternehmen in Sachen internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter Anschluss finden können. Der Spielraum bei der Arbeitslosenversicherung wird komplett ausgenutzt – die Beiträge sinken auf 3,1 Prozent. Einmütig verabschiedet sich das Kabinett von den Plänen eines Post-Mindestlohnes und gleichzeitig auch von allen anderen Mindestlohn-Bestrebungen, weil sie die Gefahr für die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in Deutschland, die ein Mindestlohn mit sich bringt, nicht den kurzfristigen Wahlerfolgen opfern wollen.

Die Menschen in der Pfalz, Rheinland-Pfalz und ganz Deutschland feiern die Große Koalition als die Reformkraft überhaupt. Der Dollar schwächelt nicht mehr, sondern stabilisiert sich im Vergleich zum Euro. Der 1. FC Kaiserslautern verlässt die Abstiegsränge der zweiten Liga und findet Anschluss ans Mittelfeld. Und Weihnachten schneit es.

– Leider, leider, leider ist dies nur ein glossaler Blick in die Zukunft. Aber so kurz vor Weihnachten wird man sich ja wohl noch etwas wünschen dürfen ...

KSB meldet Wachstumstrend

KSB hat in den ersten neun Monaten 2007 von einer anhaltend guten Maschinenbau-Konjunktur profitiert. Entsprechend lebhaft zeigte sich die weltweite Nachfrage nach Pumpen, Armaturen und zugehörigen Systemen. Das Auftragswachstum war allerdings gegen Quartalsende in Amerika sowie im Nahen und Mittleren Osten deutlich stärker ausgeprägt als im Heimatmarkt Europa und in Asien.

In der Zeit von Januar bis September 2007 ist der Auftragseingang im Konzern gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um rund 195 Mio Euro ge-

stiegen, heißt es in einer KSB-Pressemitteilung. Dies entspricht einer Zuwachsrate von 14,7 Prozent. Zu diesem Wachstum haben die europäischen Konzerngesellschaften den volumenmäßig größten Beitrag geleistet. Die stärksten prozentualen Steigerungen erreichten indes die Unternehmen außerhalb Europas.

In den europäischen Gesellschaften dämpfte im dritten Quartal ein etwas verhalteneres Projektgeschäft den insgesamt guten Auftragseingang. Das deutsche Mutterunternehmen KSB AG verbesserte seinen Auftragseingang in den ersten neun Monaten um 8,1 Pro-



zent, wozu in erster Linie Aufträge aus der Industrie beigetragen haben. Im Umsatz erzielte der Konzern gegenüber den ersten drei Vorjahresquartalen einen Anstieg um rund 135 Mio Euro, gleich 11,6 Prozent. Die KSB AG verzeichnete durch die Fakturierung mehrerer Großaufträge mit einem Plus von 16,6 Prozent eine überdurchschnittliche Umsatzsteigerung.

Kunststoff-Oscar für MANN+HUMMEL

Hohe Auszeichnung für MANN+HUMMEL: Die Society of Plastics Engineers Central-Europe (SPE-CE), die internationale Gesellschaft für Kunststofftechnik, hat dem Entwicklungspartner und Serienlieferanten der internationalen Automobilindustrie bei der Verleihung des Automotive Division Awards 2007 in der Kategorie „parts & components“ gleich drei der begehrten Kunststoff-Oscars verliehen.

Die SPE würdigt mit dem Automotive-Award herausragende Leistungen im Bereich der Kunststoffanwendung für die Automobil- und Zulieferindustrie. Darüber hinaus gab es für den Geschäftsbericht 2006 von MANN+HUMMEL den zweiten Preis in der Kategorie „media & publications“. Mit diesem Management-Award honoriert die Gesellschaft besondere Leistungen im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Werbung.

Im Bereich Powertrain (Anwendungen unter der Motorhaube) erhielt MANN+HUMMEL einen Silber-Oscar für die innovative Gestaltung des Dichtsitzes an einer 3-D-blasgeformten Reinfluftleitung, die dadurch ohne zusätzliches Befestigungselement auskommt. Vorteile der bereits in Großserie gefertigten Lö-



Markus Hanselmann (l.) und Wolfgang Cedzich (r.) von MANN+HUMMEL in Ludwigsburg nehmen die SPE-Awards für Anwendungen unter der Motorhaube entgegen.

sung sind die schnelle und einfache Montage sowie die geringeren Kosten.

Zweite preisgekrönte Kunststoffinnovation aus der Entwicklung von MANN+HUMMEL ist ein Luftsammler mit versteckt ausgeführter Schweißnaht. Mit

dem von MANN+HUMMEL entwickelten Konzept ist es erstmals möglich, die Schweißnaht versteckt auszuführen. Der sonst übliche umlaufende Schweißrand entfällt dadurch. Dies eröffnet größte Freiheiten für das Motorraumdesign.

Wörther Unimog ideal für Garten- und Landschaftsbau



Martin Daum (r.), Leiter des Mercedes-Benz Werks in Wörth, übergab den ersten Unimog U 20 an den Wörther Bürgermeister Harald Seiter.

Das erste Fahrzeug der neuen kompakten Baureihe U 20 ist vor wenigen Wochen im Mercedes-Benz Werk Wörth vom Band gelaufen. Mit der neuen

Baureihe, welche das bestehende Unimog-Produktangebot nach unten hin ergänzt, verfügt Mercedes-Benz nunmehr über das nach eigener Angabe ideale Trä-

gerfahrzeug für kleine und mittlere Kommunen sowie Garten- und Landschaftsbaubetriebe, so unter anderem als effiziente Arbeitseinheit für den bevorstehenden Winterdienst.

Martin Daum, Leiter des Werks in Wörth, hob in seinen Dankesworten die Kollektivleistung des zuständigen Projektteams hervor: „In nicht einmal zwei Jahren wurde ein neues Produkt auf die Beine gestellt. Insbesondere die Zusammenarbeit mit den Kollegen in unserem brasilianischen Werk Sao Bernardo do Campo, woher wir die Kabine beziehen, war und ist vorbildlich.“

Der neue kompakte Geräteträger wird mit zulässigen Gesamtgewichten von 7,5 t und 8,5 t angeboten und bietet die bewährte Technik des Unimog, jedoch bei einem niedrigeren Fahrzeuggewicht und ausgeprägter Wendigkeit, wie Mercedes in seiner Pressemitteilung schreibt.

psb: Materialfluss besonders kreativ untersucht

Dr.-Ing. Marc Schleyer hat den psb Kreativitätspreis 2007 gewonnen. Der wissenschaftliche Mitarbeiter an der Universität Karlsruhe (TH) wurde für seine Dissertation über „Discrete Time Analysis of Batch Processes in Material Flow Systems“ verliehen. Der psb Kreativitätspreis ist eine Herausforderung, die zukunfts-trächtigen Aufgaben der Intralogistik auf neuen Wegen zu lösen. Ausgeschrieben wird er an der Universität Kaiserslautern, der Technischen Universität Karlsruhe und der Fachhochschule Kaiserslautern.

Der erste Preis ist mit 3.000 Euro dotiert. Außerdem erhält der Gewinner eine wertvolle Bronzeplastik des Künstlers Klaus Heinrich Keller. Auch Dipl.-Ing. Carsten Becker konnte sich für seine Diplomarbeit „Das Methusalem-Komplot – Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Logistik“ über einen an-



psb intralogistics Geschäftsführer Dipl.-Wirtsch.-Ing. Werner Klein, Dr.-Ing. Marc Schleyer, Prof.-Dr.-Ing. Kai Furmans, Dipl.-Ing. Carsten Becker, Prof. Dr.-Ing. Jörg-Michael Schlüter

sehnlichen Geldpreis freuen. Die Preisverleihung erfolgte traditionell zum Abschluss des „10. psb Anwenderdialogs“

während der Abendgala in der Festhalle in Pirmasens, schreibt psb in seiner Pressemitteilung.

Steuern sparen in 2008



Auch dieses Jahr ist der Jahreswechsel wieder einmal Stichtag für eine ganze Reihe gesetzlicher Änderungen. Worauf Sie rund um Silvester und Neujahr besonders achten sollten, sagt Ihnen ferrum.

Das Hin- und Her bei der **Fahrtkostenpauschale** hat in den vergangenen Monaten für einige Verwirrung gesorgt. Obwohl bereits im Jahre 2006 die Kürzung der Fahrtkostenpauschale für 2007 beschlossen worden ist, gibt es hier massive verfassungsrechtliche Bedenken. Daher haben sich viele Berufspendler bereits für 2007 den kompletten Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte auf ihrer Lohnsteuerkarte eintragen lassen und nicht erst die Strecke ab dem 21. Entfernungskilometer, wie es die Gesetzesänderung vorgesehen hat. Die Finanzverwaltungen haben dies vor dem Hintergrund der offenen Rechtsprechung akzeptiert. Auch bei den Lohnsteuerkarten für 2008 empfiehlt es sich, so zu verfahren. Grundsätzlich besteht natürlich die Möglichkeit, dass die aktuelle Gesetzeslage von den Gerichten bestätigt wird. In diesem Fall besteht die Gefahr, dass beim Steuerbescheid Nachzahlungen fällig werden. Dies gilt auch, wenn sich die Po-

litik für eine Senkung des Kilometersatzes entscheidet.

Vor Silvester können Angestellte durch eine Einzahlung in ein **Altersvorsorgeprodukt** nicht nur die spätere Rente aufbessern, sondern zusätzlich die Abgabenlast erheblich drücken. Vor allem die Riester-Rente wird steuerlich immer attraktiver. Im Jahr können Arbeitnehmer Beiträge von bis zu 1.575 Euro absetzen. Ebenfalls interessant: Die direkten Staatszuschüsse. Wer noch vor Jahresende einen Vertrag abschließt, streicht die vollen Zulagen ein oder sichert sich den Sonderausgabenabzug für die Steuer. Die Metallrente-Riester ist ein solches Produkt, das die Arbeitgeberverbände Metall- und Elektroindustrie und die IG Metall gemeinsam empfehlen.

An **Handwerkerrechnungen** und **Ausgaben für Haushaltshilfen** beteiligt sich der Fiskus seit 2003 mit 20 Prozent, maximal 600 Euro. Ab 2008 verzichten die Finanzämter auf die Vorlage der Belege. Allerdings gilt diese Erleichterung noch nicht für die bevorstehende Steuererklärung: Für die Erklärung 2007 sollten Auftraggeber darauf achten, dass sie alle Rechnungen oder Kontoauszüge vorlegen können.

VERBRAUCHERZENTRALE:

Keine Änderungen beim Kabel

Eine Firma bietet derzeit ihren Kunden in Rheinland-Pfalz telefonisch digitales Kabelfernsehen an. Dabei wird häufig auch der Umstellungstermin auf das digitale Antennenfernsehen in der Region erwähnt. Bei vielen Betroffenen wird der Eindruck erweckt, ohne dieses digitale Kabelangebot sei ab Anfang Dezember kein Fernsehempfang mehr möglich. Die Verbraucherzentrale weist darauf hin, dass sich für Nutzer von Kabelfernsehen momentan nichts ändert. Nach derzeitigem Stand der Dinge ist frühestens im Jahre 2010 mit einer Abschaltung des analogen Kabelfernsehens zu rechnen.

Änderungen gibt es hingegen für die Nutzer des Antennenfernsehens: Anfang Dezember wird das analoge Antennensignal im Raum Pirmasens, im Umland von Kaiserslautern und in der Region Donnersberg endgültig durch das digitale ersetzt. Mit dieser Umstellung auf das digitale Antennenfernsehen (DVB-T) haben die Angebote von Kabel Deutschland aber nichts zu tun, stellt die Verbraucherzentrale klar. Nur Antennengucker benötigen künftig für den digitalen Empfang eine so genannte Set-Top-Box, die das digitale Signal für den analogen Fernseher übersetzt. Die alte Dachantenne hingegen kann in den allermeisten Fällen problemlos für den DVB-T Empfang weiterverwendet werden. „Wer ausschließlich über Kabel oder Satellit fernsieht, muss momentan gar nichts machen. Er muss keine neuen Geräte kaufen, keine neuen Einstellungen vornehmen und insbesondere keine neuen Verträge abschließen“, so Michael Gundall, Fernsehexperte der Verbraucherzentrale.

Elektronische Patientenakte für Kinder

In Rheinland-Pfalz gibt es ab dem Jahr 2008 eine elektronische Patientenakte in Form einer Karte. Diese wird allen Neugeborenen, die im kommenden Jahr auf die Welt kommen, bis zum sechsten Lebensjahr kostenlos zur Verfügung gestellt. Dies betrifft etwa 32.000 Kinder, die jedes Jahr in Rheinland-Pfalz das Licht der Welt erblicken.

Auf der Karte werden auf freiwilliger Basis medizinische Daten, wie beispielsweise Erkrankungen, Impfstatus und Früherkennungsuntersuchungen gespeichert, die ein Gesamtbild der gesundheitlichen Situation des Kindes ergeben. Ärztinnen und Ärzte, Krankenhäuser und Hebammen können auf diese Informationen zurückgreifen und sie für die Behandlungen nutzen. Dadurch können



Foto: pixelio.de

Doppeluntersuchungen vermieden, medizinische Risiken wie beispielsweise Arzneimittelunverträglichkeiten besser eingeschätzt oder auch die Behandlung im Notfall verbessert werden.

Darüber hinaus soll die Karte einen Beitrag zur Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen leisten. Der Datenschutz hat bei dem Projekt hohe Priorität – der Zugang zu den Daten soll nur nach konkreter Einwilligung durch die Eltern möglich sein.

Einen Pass fürs Haus



Foto: pixelio.de

Der Energieausweis soll 2008 Pflicht werden. Mit diesem Dokument wird das jeweilige Gebäude energetisch bewertet. Zur Pflicht wird der Ausweis erst Mitte des Jahres, zum 1. Juli 2008. Die Einführung geht zurück auf die Energie-sparverordnung (EnEV).

Die Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena) hatte den Prototyp eines bundes-einheitlichen Energieausweises unter der Bezeichnung Energiepass für Wohngebäude im Bestand entwickelt und diesen in einem Feldversuch bis Ende 2004 an fast 4000 Wohngebäuden getestet. Hausbesitzer müssen neuen Mietern und Eigentümern ab 1. Juli 2008 einen Energieausweis für ihr Gebäude vorlegen. Dabei besteht in einer Übergangsfrist bis 1.10.2008 noch die Möglichkeit für alle Gebäudeeigentümer, sich einen preis-werten verbrauchs-basierten Energieausweis erstellen zu lassen. Für bestehende Gebäude muss bei Verkauf, Vermietung, Verpachtung oder Leasing eines Gebäudes dem Interessenten auf Verlangen ein Energieausweis zugänglich gemacht werden.

Für Wohngebäude, die bis 1965 erbaut wurden, beginnt die Ausweispflicht im Falle des Verkaufs oder der Vermietung am 1. Juli 2008; für jüngere Wohngebäude erst am 1. Januar 2009. Für alle Nichtwohngebäude müssen Energieausweise erstmals ab dem 1. Juli 2009 ausgestellt und ausgehängt werden. Alle zuvor nach einheitlichen Regeln erstellten Energiepässe und Energiebedarfsausweise gelten auch nach dem Inkrafttreten der neuen EnEV für maximal zehn Jahre weiter, wenn sie alle Anforderungen der neuen Verordnung erfüllen.



Foto: pixelio.de/motograf

Bislang braucht man einen Pass nur zum verreisen – jetzt auch beim Zuhausebleiben.

Grafik des Monats



Jeder Siebte arbeitet sonntags

Am siebten Tag der Woche gehen in Deutschland 13,5 Prozent der Beschäftigten regelmäßig zur Arbeit. Das ist europäischer Durchschnitt. Ausreißer nach oben und unten gibt es in der EU nur wenige – in der Slowakei muss immerhin jeder fünfte Arbeitnehmer auch am Sonntag seinen Wecker stellen, in Ungarn dagegen ruht am Tag des Herrn praktisch jede Arbeit.

Auch die Schichtarbeit ist hierzulande nicht übermäßig verbreitet. Mit 15,8 Prozent Schichtarbeitern liegen die deutschen Arbeitnehmer hinter allen mittel- und osteuropäischen Mitgliedsländern, sowie Schweden, Großbritannien, Italien, Österreich, Spanien und Irland.